

BI fordert: Belastungen so gering wie möglich

Der geplante Kaliabbau soll die Menschen möglichst wenig schädigen. Das fordert eine neu gegründete Bürgerinitiative.

Ahrbergen/Giesen (skn). Verhindern will die Bürgerinitiative aus Ahrbergen die geplante Wiederinbetriebnahme des Kalischachtes in Giesen nicht. Aber die engagierten Bürger wollen dafür sorgen, dass der Kaliabbau mit so wenig Einschränkungen für die Einwohner wie möglich passiert.

Was K+S plant, ist in unzähligen Aktenordnern versteckt, in Gutachten, Stellungnahmen, Antragsunterlagen. Ausschüsse und Behörden beschäftigen sich damit bislang vor allem. Die Bürgerinitiative will daher die Daten und Fakten möglichst anschaulich vermitteln, um so ihren Mitbürgern zu zeigen, was auf sie zukommt: 293 Tonnen Schadstoffe werden pro Jahr laut BI in die Luft gepustet, wenn in Giesen wieder Kali abgebaut wird. Die Abluft aus dem Bergwerk kommt aus einem großen Schornstein in Ahrbergen.

Der Schacht soll nach den Planungen von K+S als „ausziehender Wetterschacht“ dienen. Die Frischluft für den Schacht wird in Barnten (der „einziehende Wetterschacht“) angesaugt. In Ahrbergen kommt die verbrauchte Luft heraus. Unter anderem handelt es sich dabei um die Abgabe der Diesel-Fahrzeuge, die unter Tage fahren, aber auch um den Rauch, der bei den Sprengungen entsteht. Staub, Stickoxide, Kohlenmonoxid und Schwefeldioxid kommen hier raus. Insgesamt eben 293 Tonnen pro Jahr. Oder pro Minute 20000 Kubikmeter, wie die Bürgerinitiative errechnet hat. In etwa so viel Volumen, wie in die Giesener Sporthalle passt.

Der TÜV Nord hat für K+S Gutachten zu den Abgasen von Fürstenhall und der Schachanlage erstellt. Nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens hält das Unternehmen diese Gutachten unter Verschluss. Die Studien, die der Redaktion vorliegen, prognostizieren für Fürstenhall keine Überschreitung der Grenzwerte. Allerdings nur, wenn der Schornstein dort auf 19 Meter erhöht wird. Das reicht der Bürgerinitiative nicht aus. Sie verlangt den Einbau einer Filteranlage, was wiederum für K+S nicht in Frage kommt. Stattdessen will das Unternehmen Filter in den unter Tage verwendeten Maschinen einbauen. „Übermäßig können nur bestimmte Filtertypen eingesetzt werden, die in der Größe einem Vielfachen der bisherigen Gebäudegeometrie am Schacht Fürstenhall entsprechen“, erklärt K+S-Sprecher Ulrich Goebel.

An der Schachanlage in Giesen wiederum wird laut dem Gutachten der Grenzwert für Feinstaub an einem Punkt, nämlich am geplanten neuen Verwaltungsgebäude, überschritten. Allerdings bezeich-



Das Schachtgebäude Fürstenhall in Ahrbergen wird derzeit für eine Wiederaufnahme des Betriebs vorbereitet. Es ist geplant, den Schornstein auf eine Höhe von 19 Metern zu erweitern.

Foto: Knoppik

net der Gutachter diesen Punkt als nicht „beurteilungsrelevant“.

Der Bürgerinitiative reicht die bislang vorgelegte Untersuchung nicht aus. „Die Studie ist sehr zweifelhaft“, sagt BI-Mitglied Dirk Fietz. Derzeit werden die Abgase von Fürstenhall und Siegfried-Giesen nur isoliert betrachtet. Die Bürgerinitiative verlangt aber, dass die Emissionen zusammengerechnet werden. Das soll laut K+S erst in dem nun anstehenden Planfeststellungsverfahren passieren. Auch wünscht sich die Bürgerinitiative, dass auch andere Belastungen wie die Abgabe der Zuckerfabrik in Nordstemmen in die Berechnungen mit einbezogen werden.

In dem Gutachten zu Fürstenhall wurde die Belastung durch gesundheitsschädlichen Feinstaub erst gar nicht berücksich-

tigt. Dies soll nun nach Angaben von K+S-Sprecher Goebel bei den Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren nachgeholt werden.

Die Bürgerinitiative hat zudem herausgefunden, dass die Grenzwerte für Feinstaub mit der Bezeichnung PM2,5 bis zum Jahr 2020, wenn nach den derzeitigen Planungen der Betrieb aufgenommen wird, gesenkt werden sollen. Dann würde auch an zwei weiteren Beobachtungspunkten der Grenzwert nicht eingehalten. Man habe die derzeit geltenden Rahmenbedingungen zugrunde gelegt, erklärt K+S-Sprecher Goebel: „Ob und gegebenenfalls wann eine Senkung des Grenzwertes für PM2,5 in Kraft tritt, ist derzeit aber vollkommen offen.“



Das Kern-Team der Bürgerinitiative: Frank Kompe, Klaus Sperlich, Frank Ohlmann, Karsten Homey (hintere Reihe von links) sowie Dirk Fietz, Reinhard Schindler, Gabriele Halves, Ingo Fietz (vordere Reihe von links).

Kontakt zur Initiative

Am heutigen Sonntag wollen die Mitglieder der Bürgerinitiative mit ihren Mitbürgern ins Gespräch kommen. Am Vormittag informieren sie an einem Stand in der Kirchstraße in Ahrbergen (vor der Bäckerei) und beantworten Fragen interessierter Bürger. Und auch online kann man die Bürgerinitiative erreichen, per E-Mail an bigiesenschacht@gmail.com, über die Facebook-Seite der BI unter www.facebook.com/bigiesenschacht und seit Kurzem auch auf der Website www.bi-giesenschacht.de.

Alte Kalibahn oder neue Bahntrasse?

Ahrbergen (skn). Auch die geplante Regelung für den Verkehr per Schiene und LKW von und zum Schacht in Giesen ist der neu gegründeten Bürgerinitiative ein Dorn im Auge. Vor allem stören sich die Mitglieder der BI daran, dass die alte Kalibahn wieder reaktiviert werden soll. Sie fordern stattdessen den Neubau einer Bahnstrecke zwischen Kasernengelände und Kaliberg – parallel zu der geplanten neuen Gemeindeverbindungsstraße. Doch ob diese Straße überhaupt gebaut wird, ist derzeit noch unklar.

Die alte Kalibahn in Ahrbergen befindet sich in einem tiefen Dornröschenschlaf. Dichtes Gebüsch wächst zwischen den Schienen, sogar eine mannshohe Birke ist dort seit der Schließung des Kalischachts gewachsen. Bevor die Strecke in Betrieb genommen wird, muss hier noch einiges passieren. Doch rein rechtlich gesehen kann die bestehende Bahnstrecke einfach weiterbetrieben werden. Auf diesem Standpunkt steht zumindest K+S. Ein neuer Antrag sei dafür nicht erforderlich. Folgt man dieser Argumentation, müssten auch keine neuen Schallschutzmaßnahmen ergriffen werden, obwohl direkt neben der

Bahnstrecke inzwischen ein Wohngebiet steht.

Die Bürgerinitiative sieht das ganz anders. Nach Ansicht von BI-Mitglied Reinhard Schindler handelt es sich bei der Wiederinbetriebnahme der alten Bahnstrecke juristisch gesehen um eine „wesentliche Änderung“, die ein neues Antragsverfahren voraussetzt. Dass nicht einfach der frühere Betrieb weitergeführt werden kann, begründet die BI mit dem deutlichen Anstieg der Produktionsmenge. Wie viel mehr produziert wird, da gehen die Meinungen auseinander. Die BI spricht von der zehnfachen Fördermenge. K+S geht immerhin noch von 25 Prozent mehr aus. Allerdings, argumentiert K+S-Sprecher Goebel, werden die Züge auch deutlich länger sein als in früheren Zeiten. Er geht daher von 14 bis 20 Zugbewegungen pro Tag aus: „Die Einschätzung, dass damit eine wesentliche Änderung verbunden sein sollte, wird von den Fakten nicht getragen.“

Weil es sich nach Meinung der BI um eine wesentliche Änderung handelt, spricht sie sich für eine neue Trasse aus. „Man würde nie auf die Idee kommen, bei einem neuen Betrieb eine Bahnstrecke durch ein Wohn-

gebiet zu führen“, sagt Schindler. Die Bürgerinitiative verlangt daher eine neue Trasse weiter südlich. „Es ist technisch machbar, es kostet nur mehr Geld“, sagt Schindler. Doch Unternehmenssprecher Goebel sieht durch die geplante Trasse den „geringstmöglichen Eingriff“. Ansonsten müssten weitere Flächen in Anspruch genommen und auch in ein Naturschutzgebiet eingegriffen werden.

Falls tatsächlich die alte Bahnstrecke wieder in Betrieb genommen wird, besteht die BI auf einer fünf Meter hohen Lärmschutzwand beiderseits der Gleise. Ein passiver Lärmschutz, also etwa Schallschutzfenster, reiche nicht. Hier zeigt sich K+S grundsätzlich kompromissbereit. „Eine unmittelbar neben der Strecke liegende Lärmschutzwand wurde zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen“, sagt K+S-Sprecher Goebel. „Je nach Betroffenheit und Lage“ will das Unternehmen über eine „Kombination aus möglichen aktiven und passiven Elementen im Einzelfall“ diskutieren.

Kritisch sieht die Bürgerinitiative auch die Pläne, den Straßenverkehr nicht über die geplante Gemeindeverbindungsstraße, sondern durch Ahrbergen zu leiten. Doch

diese Planung ist lediglich pro forma gemacht worden, wie Unternehmenssprecher Goebel versichert. Denn der Bau der neuen Straße ist derzeit noch nicht in trockenen Tüchern: „Wir rechnen mit einem Beschluss erst zu einem Zeitpunkt, nachdem wir die Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren eingereicht haben. Solange müssen wir mit der Annahme arbeiten, die die Zufahrt durch das Industriegebiet Ahrbergen vorsieht.“



Die Kalibahn befindet sich im Moment im Dornröschenschlaf. Sie soll nach dem Willen von K+S aber in ein paar Jahren wieder in Betrieb genommen werden.

Foto: Knoppik

Senkungen vermeiden

Sarstedt (skn). Die Bürgerinitiative fürchtet durch die geplante Wiederaufnahme des Bergbaus auch Senkungen des Bodens – und damit Schäden an den Häusern in Ahrbergen, in Giesen oder in anderen Orten, unter denen Kali abgebaut wird. „Bergsenkungen sind im Kalibergbau ein aktuelles Thema und stellen eine große Gefahr für unsere Immobilien dar“, heißt es in dem Flugblatt der Bürgerinitiative.

Senkungen von einem Millimeter bis zu fünf Zentimetern pro Jahr befürchten die K+S-Kritiker. In 40 Jahren geplantem Bergbaubetrieb könnten die sich auf eine deutliche Senkung summieren, fürchtet die BI. Sie fordert daher eine Dokumentation des Zustands der Häuser vor dem Beginn des Kali-Abbaus, um so spätere Risse oder andere Schäden nachweisen zu können. Außerdem spricht sich die BI für „adäquate Verfüllmethoden“ aus, die den Untergrund langfristig stabilisieren sollen.

Doch die seien ohnehin geplant, wendet K+S-Sprecher Ulrich Goebel ein. Schließlich sollen nur die Rückstände aus dem Produktionsprozess als Abraum auf einer großen Halde (der geplante neue „Kali-

berg“) gelagert werden, die unter Tage keinen Platz mehr finden. Das Unternehmen geht daher auch von anderen Größenordnungen aus. Kurz nach dem Abbau soll die Senkung demnach auf bis zu einen Zentimeter pro Jahr ansteigen. „Innerhalb kurzer Zeit“ soll sie dann wieder auf etwa einen Millimeter pro Jahr zurückgehen. Außerdem sei ein Abbau unterhalb von Ahrbergen gar nicht geplant. „Bei Wiederaufnahme der Kaliförderung in Siegfried-Giesen würde der Abbauschwerpunkt im Zentralbereich der Lagerstätte unter der freien Feldmark liegen“, erklärt K+S-Sprecher Ulrich Goebel.

Daher sei eine Dokumentation des Zustands der Häuser auch „zweckfrei“. Im Übrigen sind die Hausbesitzer bei einem Schaden durch ein Bergwerk sowieso in einer recht komfortablen Lage. Denn nach dem Bergrecht wird die Beweislast umgekehrt, wie K+S-Sprecher Goebel erläutert. Das Unternehmen müsste also nachweisen, dass ein Schaden nicht durch den Bergbaubetrieb verursacht wurde. Fachleute sprechen auch von der „Bergschadensvermutung“.